

Im reichen Deutschland sind immer mehr Menschen arm – große Einkommensunterschiede

Soziale Ungleichheit und Kälte wachsen

Fortsetzung von Seite 1

Behinderung oder chronischen Erkrankungen, erwerbsgeminderte und ältere Menschen, Personen mit Migrationshintergrund sowie Alleinerziehende. Gleichwohl hat sich die Sorge, in die Bedürftigkeit abzurutschen, in der bürgerlichen Mitte ausgebreitet. Die Übergänge auf der Treppe des gesellschaftlichen Abstiegs sind meist fließend. Die Ursachen sind oft vielfältig und greifen ineinander, bilden einen Teufelskreis. Als „arm“ gilt, wer über ein durchschnittliches Einkommen von weniger als 60 Prozent des nationalen mittleren Einkommens verfügen kann. 2018 waren je nach Erhebung zwischen 15,8 und 16,8 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen. Das bedeutet: mindestens 13,7 Millionen Menschen – ein Höchststand seit der Wiedervereinigung.

Aus Scham: Dunkelziffer von Armut Betroffener ist groß

Ein Grund für das gestiegene Armutsrisiko ist die zunehmende Wohnungsnot. Laut Studien wenden rund die Hälfte der armen Haushalte in Deutschland mehr als 40 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Miete auf. Insbesondere in den Metropolen ist der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen durch Zuzug oder Umstrukturierung gestiegen. Auch der SoVD hat

hierzu ein viel beachtetes Gutachten, verbunden mit entsprechenden Forderungen an Politik und Wirtschaft, vorgelegt.

Tücken birgt darüber hinaus die Arbeitsmarktsituation, die sich als so robust darstellt. Denn eine große Zahl Erwerbstätiger ist trotz Arbeit arm. „Working poor“ wird dies in der Fachsprache genannt. Die Einführung des Mindestlohns, der mit 9,19 Euro weiter unter der Niedriglohnschwelle liegt, hat daran wenig geändert. Die Gruppe der Geringverdiener*innen, die ihr Arbeitseinkommen mit staatlichen Transferleistungen aufstocken muss, ist somit nur unwesentlich geschrumpft. Auch Arbeitnehmer*innen mit Behinderung bleiben beim Beschäftigungsboom weiterhin außen vor. So driften Armuts- und Wirtschaftsentwicklung auseinander. Und während Wohlstand und Reichtum sich vergrößern, wächst parallel dazu die soziale Ungleichheit.

Die Dunkelziffer der von Armut Betroffenen ist hoch, insbesondere bei den Älteren. Armutsforscher Christoph Butterwege hat in verschiedenen Kontexten sowie unter Bezugnahme auf entsprechende Studien darauf hingewiesen. Demnach gehen von 100 Menschen, deren Rente so gering ist, dass ihnen die Grundsicherung im Alter zustünde, nur ein Drittel

zum Amt: 33 von 100 Betroffenen. Bei Hartz IV sei es etwa die Hälfte derjenigen, die berechtigt wären, aufstockend Transferleistungen in Anspruch zu nehmen, so der Wissenschaftler.

SoVD begegnet sozialer Kälte auf zahlreichen Ebenen

Ursächlich für den Verzicht auf staatliche Unterstützung sind nicht selten Schamgefühle. Denn die Konsequenzen wirtschaftlicher Probleme werden für Betroffene auch auf der persönlichen Ebene spürbar. Schnell werden sie Opfer abwertender Beurteilungen ihrer Lage. Solidarität wird häufig danach bemessen, ob sie sich „lohnt“.

In wissenschaftlichen Langzeitstudien wurde festgestellt, dass Vorurteile gegenüber unterschiedlichen Gruppen einer bestimmten Rasterbildung folgen: Menschen werten sich als Mitglieder bestimmter Personengruppen auf, indem sie Angehörige anderer Gruppen als weniger wert ansehen.

Dabei erscheint es fast zynisch, hinsichtlich von Armut und Krankheit betroffener Menschen den Begriff der „sozial Schwächeren“ zu verwenden. In den meisten Fällen sind es gerade diese Menschen, die zur Meisterung ihres Schicksals ein besonders hohes Maß an Kraft benötigen und in ihrem Leben



Foto: Edler von Rabenstein/fotolia

Von wegen „sozial schwach“: Alleinerziehende benötigen viel Stärke zur Alltagsbewältigung. Viele erleben dabei soziale Kälte.

viel geleistet und Stärke bewiesen haben.

Sozialer Kälte begegnet der SoVD in seinen rund 2.000 Orts- und Kreisverbänden mit gelebter Gemeinschaft und Solidarität. Der Verband sieht es aber als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an, die Kluft zwischen Arm und Reich, Teilhabe und Ausgrenzung zu überwinden.

„Es geht vielen Menschen in Deutschland gut, aber längst nicht allen“, sagt SoVD-Präsident Adolf Bauer. „Auch in unseren Sozial- und Rechtsberatungen stellen wir das fest.“ In einem Sozialstaat dürfe der oder die Einzelne nicht dem persönlichen Schicksal überlassen werden – schon gar nicht, wenn häufig wenig greifende soziale Sicherungssysteme für die Misere mitverantwortlich seien.

Der SoVD hat weitreichende Lösungsvorschläge vorgelegt, wie wachsender Armut nachhaltig begegnet werden kann (siehe www.sovd.de). Unter anderem fordert der Verband die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Superreiche. *veo*

Wo erleben Sie soziale Kälte?

Wo erleben Sie soziale Kälte? Schreiben Sie uns per E-Mail: redaktion@sovde.de, oder: Redaktion, SoVD-Bundesverband, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Gerne bringen wir Ihr Beispiel in die Arbeit für mehr soziale Gerechtigkeit ein.

Unseren Verband für die Zukunft aufstellen

Sehr geehrte Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde im Verband,

im November 2015 beschlossen die Delegierten der 20. ordentlichen Bundesverbandstagung, die Mitgliedsbeiträge in der kommenden Periode anzupassen und künftig zu dynamisieren. Dem vorliegenden Antrag stimmten 172 Delegierte zu („Ja“), neun lehnten ihn ab („Nein“); vier Stimmberechtigte votierten dafür, den Antrag als Material anzunehmen.

Obwohl der Beschluss mit überwältigender Mehrheit gefasst wurde, fiel die Entscheidung niemandem leicht. Zuvor waren vielmehr monatelang, teilweise schon seit Jahren in intensiver Beschäftigung das Für und Wider abgewägt worden. Am Ende der Beratungen über die Landesgrenzen hinaus

stand jedoch schließlich die Einsicht in die Notwendigkeit eines alternativlosen organisatorischen Vorgehens: Denn zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage war und ist in fast allen Landesverbänden und auch im SoVD-Bundesverband eine Beitragsanpassung dringend erforderlich.

Wenn wir nicht wollen, dass es erhebliche Abstriche bei unserer Arbeit und unseren Angeboten für unsere Mitglieder geben soll, müssen wir für eine angepasste finanzielle Sicherung sorgen! Die vor knapp vier Jahren beschlossene moderate, kontinuierliche Anpassung kann und muss dazu dienen, die von uns angebotenen Leistungen auch künftig sicherzustellen. Sie dient der Stabilisierung und Zukunftsausrichtung des Gesamtverbandes. Außerdem gewährleistet sie, dass wir auch weiterhin politisch und finanziell unabhängig agieren

können und dabei allein unseren Mitgliedern und Sachargumenten verpflichtet sind.

Aufgrund unserer Mitgliederstruktur haben sich die Delegierten 2015 entschieden, die Beitragsanpassung an die Bruttorentenentwicklung zu koppeln. Auch die Lohnentwicklung oder die Inflationsrate wurden als Berechnungsgrundlagen diskutiert, aber wieder verworfen. Im Wortlaut wurde der Beschluss so dann wie folgt gefasst: „Die Beitragsanpassung erfolgt auf Basis des Bruttorentenanstieges auf der jeweiligen Bundesverbandstagung zu Beginn des auf die Bundesverbandstagung folgenden Jahres. Dazu werden die Rentenerhöhungen der zurückliegenden vier Jahre addiert und je Beitragsart auf volle zehn Cent aufgerundet.“

Im Verband wissen wir wie kaum jemand sonst, dass auch geringfügige Mehrkosten für

viele unserer Mitglieder eine schmerzlich spürbare Mehrbelastung bedeuten. Dass die Entscheidung zur Anpassung nicht leichtfertig getroffen wurde und wird, zeigt deshalb auch ein weiterer Umstand: Viele Jahre wurde – trotz erheblich gestiegener Kosten in nahezu allen Bereichen – von einer Anhebung der Mitgliedsbeiträge abgesehen. Die letzte Beitragsanpassung des Bundesverbandes erfolgte vor 2015 im Jahr 2001. Selbstverständlich wurden bis zuletzt in allen Gliederungen fortlaufend Einsparpotenziale ausgeschöpft und es wurde sehr verantwortungsvoll mit den zur Verfügung stehenden Beitragsmitteln umgegangen – und dieses nicht allein als Selbstverpflichtung, sondern auch aus Gründen, die sich aus den Vorgaben der Gemeinnützigkeit ergeben.

Über den Beschluss, den das höchste Beschlussgremium



Adolf Bauer

des Verbandes, die Bundesverbandstagung, aus guten Gründen und rechtlich wirksam fasste, kann und darf sich der Bundesvorstand nicht hinwegsetzen.

Ich bitte Sie deshalb, diese notwendige Entscheidung weiterhin mitzutragen, und bedanke mich persönlich für Ihre große Treue und Ihr Engagement in den letzten Jahren und Jahrzehnten.

Adolf Bauer
SoVD-Präsident